



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/281 - 11.12.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Die deutsche Frage im Strassburger Europa-Rat	S. 1
Hat Churchill den Nazis geholfen?	S. 3
Eine Rechnung, die nicht aufging - zur Lage in Bayern	S. 4

Deutschland im Zentrum

Von Ernst Paul, Mitglied der Beratenden Versammlung im Europarat

Im wachsenden Masse ist in der letzten Zeit im Europarat die deutsche Frage in den Vordergrund getreten. Dass dies so kam und dass das deutsche Problem einschliesslich der Saarfrage in grosser Offenheit behandelt wurde, ist in erster Linie den Eingreifen der deutschen sozialdemokratischen Delegierten zu danken. In ihrer Kritik an den vorgelegten Berichten und Entschliessungsentwürfen haben sie die grossen Gefahren aufgezeigt, die in einer forcierten Durchführung der Pariser Verträge für Deutschland und den Frieden Europas enthalten sind.

Diese Auffassung fand ihren Niederschlag vor allem in der Rede des Abgeordneten Dr. Lütjens, in welcher er erklärte:

"Die Verwirklichung der Pariser militärischen Pläne für die Bundesrepublik würde Viermächte-Verhandlungen, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und damit die Entspannung in Europa unmöglich machen".

Die deutschen Sozialdemokraten standen in Strassburg mit ihren Besorgnissen nicht allein. Der belgische sozialistische Delegierte, der Senator Rolin, befürchtete, dass es bei der Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem keine deutsche Wiedervereinigung geben werde. Trotz ihrer befürwortenden Haltung zur Pariser Vertragspolitik konnten auch die Vertreter der Bonner Koalitionsparteien den Ernst der Lage nicht verschweigen. Herr Dr. Kiesinger musste zugeben, dass ein geteiltes Deutschland einen gefährlichen Krankheitsherd in Europa darstelle.

Diese Erkenntnis ist auch anderen Delegierten nicht fremd geblieben

11.12.1954

wenngleich sie mitunter zu höchst bedenklichen Formulierungen führte. Als der markanteste Vertreter einer geradezu verhängnisvollen Auffassung repräsentierte sich der Franzose d'Wenthon, ein Mann jener französischen Partei, mit der der Bundeskanzler lange Zeit so eng zusammengearbeitet hat. Ihm sei, so erklärte er, ein in das Verteidigungssystem des Westens unter Gefahr der Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung eingebaute Bundesrepublik lieber, als ein unabhängiges, bündnisfreies und wiederereinigtes Deutschland.

Nicht minder bedenklich muss die Ansicht des britischen Konservativen Bell bezeichnet werden, der sich damit abfinden will, dass der West-NATO eine Ost-NATO gegenübergestellt werde. Ein solcher Zustand muss eine Erstarrung der Fronten nach sich ziehen und wäre viel schwerer zu überwinden, als ^{jetzt} an eine Lösung des Ost-West-Konfliktes geschritten würde.

Erfreulicherweise konnten in der Beratung der Politischen Kommission die besonnenen Stimmen zum Durchbruch kommen. Mit zehn gegen sieben Stimmen beschloss dieser Ausschuss, die Versammlung möge die Regierungen auffordern, in einen Meinungsaustausch mit Moskau auf diplomatischem Wege zur Vorbereitung einer späteren Viererkonferenz vor der Ratifizierung einzutreten. Es ist allerdings fraglich, ob sich die Regierungen danach halten werden; von Bonn ist in dieser Richtung wohl keine Initiative und nicht der erste Schritt zu erwarten.

Geradezu dramatisch gestaltete sich die Erörterung der Saarfrage. Prof. Carlo Schmid hatte mit unwiderlegbaren Dokumenten die verschiedenartige Interpretation des Saarabkommens in Bonn und Paris nachgewiesen und beantragt, eine Stellungnahme der Versammlung solange zu unterlassen, bis über Inhalt und Ziel der Vereinbarungen Klarheit bestehe. Auch Dr. Becker (FDP) sparte nicht mit Kritik an diesem Abkommen und sogar Dr. Kiesinger (CDU) sprach von "grossen Sorgen" gegenüber den in Paris getroffenen Saarvereinbarungen. Auch er musste erklären, dass die Feststellungen über die verschiedenartige Auslegung dieses Dokuments zutreffend sei. Der SPD-Delegierte Trittelvitz, selbst geborener Saarländer und ein Opfer des Hoffman-Terrors, illustrierte die Unfreiheit und den Bruch der Menschenrechte in seiner Heimat. Der saarländische Regierungsvorsteher sah sich einem Trommelfeuer von Fragen der SPD-Abgeordneten über die politische Lage an der Saar ausgesetzt, die er teilweise nicht oder nur ausweichend beantwortete.

Man wird sich leider daran gewöhnen müssen, in der Strassburger Beratenden Versammlung kein Forum erblickern zu dürfen, das als das demokratische Gewissen Europas bezeichnet werden könnte. Das zeigte schon das Schicksal der verschiedenen Resolutionsentwürfe und Änderungsanträge. Die politischen Entscheidungen fallen nicht in Strassburg. Aber dass die Deutschlandfrage bei dieser Sitzung im Zentrum aller Erörterungen stand, ist symptomatisch für die Unruhe und das Unbehagen für alle, die eine Lösung der deutschen Frage nur im Lichte einer einseitigen militärischen Verknüpfung der Bundesrepublik mit den westlichen Besatzungsmächten sehen.

Eine notwendige Erinnerung

Dr. W.M. Man hat Churchill, als er am Vorabend seines 80. Geburtstags der erstaunten und zum Teil erschrockenen Weltöffentlichkeit von seinem Telegramm an Montgomery Mitteilung machte - er habe 1945 angeordnet, die den deutschen Soldaten abgenommenen Waffen nicht zu vernichten, um sie notfalls gegen Russland einsetzen zu können - vorgeworfen, er habe damit dem Misstrauen des Kreml, vor allem aber einer neuen Dolchstoßlegende und der Wiedergeburt des Neofaschismus in Deutschland neue Nahrung gegeben. Stimmt das? Soweit es sich um den zweiten Vorwurf handelt, sicherlich nicht.

Diese Äusserung Churchills gibt jedoch Veranlassung, einen Teil der letzten Kriegsvorgänge vor dem endgültigen Zusammenbruch 1945 wieder in Erinnerung zu bringen. Zunächst bestätigt die damalige Auffassung Churchills, dass er - und damit England - jede Diktatur bekämpfen wollte, gleichgültig, wo sie sich auf der Welt aggressiv zeigte; denn schliesslich war ja England nicht in den 2. Weltkrieg gezogen, um eine Diktatur durch eine andere auszuwechseln, also den Teufel durch den Beelzebub auszutreiben.

Das Telegramm des englischen Premiers beweist, wie falsch die militärischen Massnahmen des "grössten Feldmarschalls aller Zeiten" waren, wie Hitler sich selbst stolz bezeichnete. Noch in den letzten Tagen vor dem endgültigen Zusammenbruch, als sich die Russen März/April 1945 zur Überschreitung der Oder und zum Kampf um Stettin und Frankfurt/Oder entschlossen, wurden zwei Divisionen, von denen Hitler sagte, dass sie zu den besten Waffenträgern der deutschen Wehrmacht gehören, von der schlesischen Front abgezogen, um sie den im Westen vordringenden Engländern und Amerikanern entgegenzustellen. So wurde den Russen der Einmarsch in Deutschland erheblich erleichtert und das Vordringen der westlichen Welt im gleichen Masse erschwert. Damit dokumentierte Hitler noch einmal, was er in einigen Reden damals klar zum Ausdruck gebracht hatte und was das später veröffentlichte Testament Goebbels dann bestätigt: den deutschen Volk geschehe Recht, wenn es dem Bolschewismus zum Opfer falle, falls es nicht bereit sei, sich bis zum letzten Mann, Frau und Kind, d.h. bis zur letzten Vernichtung, zu verteidigen. Leider haben viele Deutsche diese Hilfestellung Hitlers zugunsten des russischen Kommunismus wieder vergessen.

CSU in der Rolle des betäubten Lohgerbers

WP. In Bonner CDU-Kreisen herrscht tiefe Bestürzung über die völlige Isolierung der CSU bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung in Bayern. Nachdem sämtliche im Landtag vertretenen Parteien - ausser der CSU - vereinbart haben, eine Regierungskoalition zu bilden und "alle dieses Ziel hindernden Schritte zu unterlassen", zeigt sich, dass die Siegesfreude und Arroganz der CSU nach der Wahl am 28. November keine Früchte getragen haben. Massive Interventionsversuche von Kardinal abwärts sowie durch Bundesminister und Bundesparteivorsitzende vermochten bisher weder die Bayernpartei noch die in der Bonner Koalition vertretenen Parteien FDP und GB/BHE von ihrer Entscheidung abzubringen, in eine Regierung ohne die CSU einzutreten.

Ausserhalb der bayerischen Atmosphäre vermag man den politischen und psychologischen Hintergrund zu der überraschenden Entwicklung nicht so leicht zu überschauen. Die CSU hat jedoch während des Wahlkampfes in so massiver Weise ihre unpopuläre Kultur- und Schulpolitik vertreten und ihren möglichen Koalitionspartner in der Wahlpropaganda mit demagogischen Mitteln angegriffen, dass die Koalitionsbereitschaft ohnehin nicht gross sein konnte. Die eigentlichen Gründe für die Ablehnung einer Koalition mit der CSU ergaben sich jedoch nach der Wahl, als die CSU im Siegestaumel glaubte, dass man sich zur Koalition mit ihr drängen und ihre Politik sich aufzwingen lassen würde.

"Die CSU hat im Hinblick auf das Wahlergebnis keinen Anlass, speziell auf den Gebieten der Kulturpolitik, Staatspolitik, Wirtschaftspolitik oder Aussenpolitik, Kompromisse einzugehen, welche die Durchsetzung der CSU-Grundsätze gefährden könnten."

Diese voreilige Stellungnahme der CSU-Korrespondenz zur Regierungsbildung schuf selbstverständlich nicht das geeignete Klima für Verhandlungen, die den zukünftigen Koalitionspartnern Hoffnungen auf genügende Berücksichtigung ihrer Anliegen bieten konnte. Noch in der Ausgabe vom 8. Dezember 1954 befasst sich der Informationsdienst der CDU/CSU "Union in Deutschland" mit dem "Wahlerfolg der CSU" und sprach von einem "Sieg der Unionsidee in Bayern". Die CSU habe, so heisst es, hinsichtlich einer Regierungsbildung die Hände frei. "Sie betont jedoch mit allem Nachdruck den eindeutigen Führungsanspruch auf die bayerische Politik". Nun, in Bayern wird bewiesen, dass man nicht bereit ist, sich majorisieren zu lassen und dass der Anspruch der CSU auf eine Regierungsbildung durchaus

SPD-Pressedienst

P/IX/281

- 5 -

11.12.1954

nicht ohne weiteres gegeben ist. Dass die stärkste Partei von der Regierungsbildung ausgeschlossen werden kann, hatte vorher bereits die SPD erfahren müssen, die bekanntlich im vergangenen Jahr in Hamburg, in Berlin und in diesem Jahr in Schleswig-Holstein trotz der Tatsache, dass sie als weitaus stärkste Partei aus den Wahlen hervorging, in die Opposition gehen musste. Insofern ist der Führungsanspruch der stärksten Partei durch den Machtwillen der Adenauer-Koalition zu einer demokratischen Floskel degradiert worden.

Jetzt auf einmal wird diese an sich bedauerliche Tatsache zur Diskussion gestellt. Der "Rheinische Merkur" griff dieses Thema auf und sprach mit dem ihm eigenen Sinn für drastische Formulierungen von "Krampfkoalitionen", die gebildet würden, um in den Ländern die jeweils stärkste Partei aus der Führung zu verdrängen. Die Ursache für diese "Sucht", die unsere Politik zur Spielbank zu machen drohe, heisst es - natürlich, wie könnte es anders sein - sei die "starre Opposition der SPD gegen die Aussenpolitik der Bundesregierung". Sinngemäss meint er also, dass die "Sucht", die jeweils stärksten Parteien aus der Regierungsverantwortung zu drängen, dann bedauerlich sei, wenn es um die Ausschaltung der CDU/CSU ginge, nicht aber, wenn die SPD die Betroffene ist. So einfach kann man sich das natürlich nicht machen. Die SPD hat jedenfalls, in Berlin nach dem Tode Reuters gewaltsam aus der Mitverantwortung gedrängt, sobald sich ihr die Möglichkeit dazu bot, die CDU zur Mitarbeit aufgefordert und damit ein Verantwortungsbewusstsein gezeigt, das über parteipolitischen Machtwillen die besondere Lage Berlins nicht vergisst.

Wenn die von Dr. Adenauer gesäte Saat nicht aufgeht, die Sozialdemokratie in ganz Deutschland aus der Verantwortung zu drängen, dann sollte man sich endlich besinnen. Den Anfang dazu machte bereits die der CDU nahestehende "Aachener Volkszeitung", die ihre bayerischen Parteifreunde ermahnt, nicht die Rolle des betäubten Lokgerbers zu übernehmen. Besser kleide sie die Rolle des Weisen, der vom Irrtum zur Wahrheit reist. Dem ist wohl nichts hinzuzufügen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau